FDP-Fraktion im Kreistag BÖBLINGEN

Dr. Alexander Baisch, Sindelfingen
Wilhelm Bührer, Herrenberg
Florian Glock, Magstadt
Prof. Dr. Dieter Maurmaier, Leonberg
Prof. Dr. Manfred Teufel, Böblingen
Uli Zinser, Gärtringen

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf für 2020

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
werte Gäste,

in der Region Stuttgart und insbesondere im Landkreis Böblingen wurde in den letzten Jahren viel geleistet und auf den Weg gebracht, aber noch mehr angestoßen und für die Zukunft geplant. Es stellt sich bei Betrachtung des Haushaltsentwurfs und insbesondere bei der mittelfristigen Finanzplanung die Frage, wie können wir das stemmen und was ist unseren Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten, aber auch, was erwarten die Menschen, gerade in unserem reichen Landkreis.

Die Prozesse in der Verwaltung haben sich nicht vereinfacht, Strukturen sind komplexer geworden, unsere Infrastruktur ist in vielen Bereichen veraltet und muss modernisiert werden. Solange die Wirtschaft boomt, können diese Anforderungen einigermaßen finanziert werden, schwierig wird es, wenn die Ressourcen schwinden. So sind die vorgesehenen Investitionen von einer Milliarde Euro selbst über einen längeren Zeitraum derzeit nahezu unvorstellbar.

Der Haushaltsentwurf beschreibt die Risiken wie die Entwicklung der Steuerkraftsumme, die Kostenerstattungen durch das Land oder die Klinikverluste. Auf der anderen Seite wird bei den Einnahmen durchaus auch vorsichtig gerechnet wie zum Beispiel bei der Grunderwerbsteuer.

Es wird wesentlich davon abhängen, wie die wirtschaftliche Entwicklung verläuft, und leider mehren sich die Zeichen, dass der Zenit des Wachstums erreicht, wenn nicht sogar überschritten ist. Insbesondere in unserem autoaffinen Landkreis wird der Transformationsprozess deutliche Spuren hinterlassen, deren Folgen heute noch nicht absehbar sind. Deshalb ist bei der Finanzplanung ein hohes Maß an Flexibilität erforderlich.

Bezogen auf den Haushaltsentwurf bedeutet dies für uns: es ist ein Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage vorhanden, doch, um den Risiken nicht völlig ausgeliefert zu sein, schlagen wir eine Absenkung nur um einen halben Prozentpunkt

auf **31,5 %** vor. Dann bewahren wir ein Stück Bewegungsfreiheit in einer schwer einsehbaren Landschaft.
Nun vom Gesamthaushalt zu den Teilbereichen:

1. Zu den Kliniken

Schon angesprochen habe ich das Risiko der Klinikverluste. Wie gehen wir damit um?
Die Gesundheit der Bürger im Kreis Böblingen liegt uns sehr am Herzen. In immer schwieriger werdenden gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen stehen wir zu dem beschlossenen Medizinkonzept - dem Zusammenschluss der Standorte Sindelfingen und Böblingen zum Flugfeldklinikum und zum Erhalt aller übrigen Standorte in Leonberg, Herrenberg, Calw und Nagold.

Die Bevölkerung wird immer älter und damit auch pflegebedürftiger. Sie ist immer häufiger auf medizinische Versorgung angewiesen. Dies erfordert ein Umdenken hin zum Vorausschauen.

Bereits heute erwirtschaften nicht einmal die Hälfte aller Krankenhäuser in Baden Württemberg (im Jahr 2017 49%) einen Jahresüberschuss.

Dabei zeigt sich ein wesentliches Grundproblem in der Krankenhausfinanzierung. Bei der Gegenüberstellung der Steigerungsraten für den Landesbasisfallwert und den tarifbedingten Steigerungen wird die Differenz immer größer. Seit 2006 beläuft sich der gewichtete Tarifanstieg aus TVöD und TV-Ärzte auf + 37,3 Prozent, in demselben Zeitraum stieg der Zahl-Landesbasisfallwert - also die Erlöse der Krankenhäuser- lediglich um +22,7 Prozent. Die Tariflohn-Erlösschere betrug im Jahr 2018 somit 14,6 %-Punkte.

Die vom Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellten Investitionsmittel für die Krankenhäuser reichen weiterhin nicht aus, um die Krankenhausinfrastruktur flächendeckend zu modernisieren. Insbesondere lassen sich damit Innovationen wie zum Beispiel die zunehmende Digitalisierung in Krankenhäusern nicht annähend ausreichend finanzieren.

Es bleibt abzuwarten, ob das am 09.11.2018 verabschiedete Personalstärkungsgesetz ab 2020 tatsächlich zu einer verbesserten Finanzierung der Krankhäuser führt.

Hinzu kommen Fachkräftemangel in der Pflege und dem ärztlichen Bereich, eine fortschreitende Technologie und Digitalisierung, ein starker Wettbewerbsdruck und die Gewährleistung der ländlichen Versorgung.

Eine Zunahme an stationären Behandlungsfällen könnte in Zukunft durch die Schaffung von integrierten Gesundheitszentren (Stichwort: Campus) abgemildert werden. Deshalb befürworten wir als FDP-Kreistagfraktion die Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgung in Krankenhausnähe unter Einbeziehung der

niedergelassenen Ärzte. So kann eine breite und spezialisierte medizinische Versorgung einschließlich Rehabilitation und Pflege vor Ort sichergestellt werden.

Wir regen an:

- Eine Erweiterung der Kooperation mit den nieder gelassenen Ärzten
- Eine Zusammenarbeit im Verbund mit der Bildung von Schwerpunkten (Leuchtturmprojekte)
- Planung einer mit den Kliniken assoziierten Wohnbebauung in Abstimmung mit der Kommune, dies gilt insbesondere für Leonberg
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sowohl im Umfeld der Kliniken als auch auf anderen kreiseigenen Grundstücksflächen

Wir müssen alles daran setzten, das Defizit bei der Krankenhausfinanzierung zu reduzieren, dennoch tragen wir selbstverständlich den Fehlbetrag mit.

2. Zu den Schulen

Unsere Schulen, insbesondere die Berufsschulen sind in die Jahre gekommen und müssen saniert werden. In einem ersten Schritt sind dies das Kaufmännische Berufsschulzentrum und die Mildred-Scheel-Schule.

Bei der Bewertung der verschiedenen Varianten ist uns das Kriterium fachliche und pädagogische Qualität besonders wichtig. Es sollen auch weiterhin 2 Schulen sein, falls vorteilhaft aber durchaus an einem Standort. Für die Gesamtheit den Schulen wünschen wir uns einen Fahrplan für die Sanierungsarbeiten.

3. Zum Thema Verkehr und Mobilität:

Wir freuen uns, dass die Schönbuchbahn am 14. Dezember nach langer Unterbrechung modernisiert und elektrifiziert wieder fährt. Die Investitionen waren enorm und bis die neuen Fahrzeuge da sind, dauert es ja noch. Aber dann ist der Schönbuch hervorragend angebunden.

Bei der Hermann-Hesse-Bahn ist es Zeit, einen Knopf dranzumachen und zu Potte zu kommen. Wir schlagen vor, den Stufenplan zu konkretisieren. In der 1. Stufe fährt die Hermann-Hesse-Bahn von Calw nach Weil der Stadt. Mit deren Inbetriebnahme wird dem Verband Region Stuttgart eine Frist von 5 Jahren gesetzt, um einen rechtsverbindlichen Plan für eine Express-S-Bahn nach Weil der Stadt oder eine S-Bahn nach Calw vorzulegen. Falls nach dieser Frist kein definitiver Beschluss für eine S-Bahn vorliegt, erhält der Landkreis Calw das Recht die Hermann-Hesse-Bahn nach Renningen zu verlängern. Wir hoffen, dass mit dieser Präzisierung des Stufenplans eine Einigung erzielt werden kann.

Obwohl nachher ein separater Punkt auf der Tagesordnung: die Gäubahn ist uns so wichtig, dass sie auch in der Haushaltsrede vorkommen muss. Nicht akzeptabel ist

das Ansinnen der Bahn, die Gäubahn über Jahre hinaus in Vaihingen enden zu lassen. Es stimmt einfach nicht, dass diese Unterbrechung nur ein halbes Jahr dauert, wie uns die Bahnvertreter glauben machen wollten.

Die Gäubahn benötigt einen fertiggestellten Flughafenbahnhof mit Anschluss an den neuen Fildertunnel, um den neuen Bahnhof in Stuttgart anfahren zu können. Und für den Flughafenbahnhof gibt es immer noch keinen rechtskräftigen Plan.

Die Stadt Stuttgart kann über die alten Gleisanlagen verfügen, wenn Stuttgart 21 fertiggestellt ist. Solange aber 1 von 4 Zulaufstrecken gar nicht angebunden ist, ist Stuttgart 21 nicht fertig und die Gäubahn muss zwingend den Stuttgarter Kopfbahnhof anfahren können. Eine Unterbrechung der Gäubahn in Vaihingen oder am Nordbahnhof ist keine Lösung. Im Stuttgarter Kopfbahnhof muss dazu 1 Gleis von insgesamt 10 Zulaufgleisen und 1 Bahnsteig von insgesamt 8 Bahnsteigen erhalten bleiben bis der Flughafenbahnhof fertig ist. Bis dahin kann die Stadt Stuttgart viel Gelände bebauen, aber halt nicht das gesamte.

Bei der Überarbeitung des Nahverkehrsplanes sollte es Bedingung sein, dass die Busse jeweils an die erste und letzte S-Bahn des Tages Anschluss haben, um eine durchgehende Fahrtkette zu bilden.

Die Anstrengungen im Radverkehr finden wir richtig und wir unterstützen auch die Schaffung einer weiteren Stelle für die Radverkehrsplanung. Beantragen wollen wir, dass eine Radschnellverbindung von Renningen über Silberberg nach Leonberg geplant und umgesetzt wird. Diese Radschnellverbindung hat ein hohes Potential, ist gut umsetzbar und kann gut mit dem Radwegenetz in Richtung Böblingen und Sindelfingen vernetzt werden. Dafür sind € 100.000 in den Haushalt einzustellen.

Neben der zurzeit einseitig stark geförderten E-Mobilität bei den Kraftfahrzeugen setzt die FDP-Fraktion auf Technologieoffenheit und befürwortet deshalb auch die Förderung und Entwicklung der Wasserstofftechnologie. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die bereits beschlossene Einrichtung einer Wasserstofftankstelle beim Landratsamt Böblingen für den eigenen Fuhrpark und setzen uns für den Aufbau einer Wasserstofftankinfrastruktur im Kreis Böblingen ein.

Können wir den Fahrgästen der OPNVs eine Tariferhöhung in 2020 zumuten? Wir meinen: solange die Verlässlichkeit und Pünktlichkeit des ÖPNVs und insbesondere der S-Bahnen derart unberechenbar ist wie derzeit, können wir das nicht. Zuerst eine deutliche Verbesserung der Pünktlichkeit und erst dann eine Tarifanpassung. Wir werden einer Erhöhung der Tarife im Jahr 2020 nicht zustimmen, signalisieren aber eine Zustimmung für 2021 unter der Bedingung, dass sich die Situation für die Fahrgäste deutlich verbessert.

4. Zum Thema Digitalisierung

Gerne unterstützen wir die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie. Die hervorragende Position des Landkreises im bundesweiten Vergleich gilt es zu erhalten

und bei der Verfügbarkeit von Breitbandverbindungen noch auszubauen. Alle Teilstrategien, ob Mobilität, Wirtschaft, Bildung oder Verwaltung, sind wichtig und letztlich wird es auf den Effizienzgewinn ankommen.

5. Zum Thema Bildung und Soziales

Im Bereich Soziales hat der Ausbau der Pflegestützpunkte unsere volle Unterstützung. Die demografische Entwicklung verlangt weitere Beratungsangebote für Pflegebedürftige und deren Angehörige. Wir bitten darum, auch die freien Träger in diesen Prozess einzuplanen.

Nicht akzeptabel ist, dass das Land seiner Verantwortung bei der Flüchtlingskostenerstattung, den Aufwendungen nach dem Bundesteilhabegesetz und beim Angehörigen-Entlastungsgesetz nicht nachkommt. Hier sind vor allen die Regierungsparteien aufgefordert entsprechend ihrem Ethos zu handeln.

6. Zum Abfallwirtschaftsbetrieb

Machen wir aus der Not eine Tugend und bauen die abgebrannte Vergärungsanlage nach modernstem Stand wieder auf. Besonderes Augenmerk muss natürlich dem Brandschutz gehören und vor allem dann eine unverzügliche Brandbekämpfung, sollte ein Feuer ausbrechen. Immerhin ist die Ursache für den Brand nicht eindeutig bekannt und es war nicht die erste Vergärungsanlage im Land, die abgebrannt ist.

Eine Gebührenerhöhung scheint wegen geringerer Einnahmen unausweichlich. Wir schlagen für 2020 eine moderate Erhöhung im prozentual einstelligen Bereich vor, die eventuell in 2021 ergänzt werden muss. Eine Erhöhung im zweistelligen Bereich wird von den Nutzern mit Sicherheit mit dem Brand oder mit anderen Ausbaumaßnahmen wie der Klärschlammverbrennung in Verbindung gebracht. Das wollen wir vermeiden.

Um den Aspekt der Müllvermeidung zu stärken, schlagen wir vor, Grundgebühr und mengen-abhängige Leerungsgebühr gleichmäßig zu erhöhen.

Wir bedanken uns bei allen Beschäftigten der Verwaltung, die wichtige Aufgaben in unserem Landkreis erfüllen. Besonders geht unser Dank an jene, die mit der Haushaltserstellung direkt befasst waren und uns unterstützt haben. Desweiteren bedanken wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für die konstruktive Zusammenarbeit und freuen uns auf eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit in der neuen Periode.

Dr. Dieter Maurmaier, Fraktionsvorsitzender